



# LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 10. September 2019

## Protokoll

### über die 16. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit

-öffentlicher Teil-

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 03.09.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:03 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

---

#### Teilnehmerinnen/Teilnehmer

##### Vorsitz

Koch, Harald

##### stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Fricke, Dietmar

##### Ordentliche Mitglieder

Hausmann, Michael  
Koch, Manfred  
Eichenlaub, Joachim  
Fach, Thomas  
Gerndt, Reinhard, Dr.  
Glier, Andreas  
Meyn, Lennie  
Pastewsky, Jürgen  
Plumeyer, Henning

##### Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Stoppok, Arnfred i.V. für Herrn KAbg. Schulz

##### Landrätin

Steinbrügge, Christiana

##### Von der Verwaltung

Klooth, Kathrin	Leiterin Dezernat III
Lehmann, Rüdiger	Leiter Amt 32
Glaeske, Olaf	Abt. 321
Schneeberg, Sophie	Referat 01
Brentrop, Britta	Abt. 200

Wilhelm, Andree  
**Protokollführerin**  
Ehlers, Annike

Pressesprecher

**Es fehlen:**

**Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)**

Schulz, Hartmut

---

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 15. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 04.06.2019 (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
  - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)
  - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Antrag SPD und GRÜNE: "Nachhaltiges Handeln und Denken im Landkreis Wolfenbüttel"  
Vorlage: XVIII-0458/2019/1
7. Quartalsbericht II / 2019 Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVIII-0480/2019
8. Ausstattung der Integrierten Gesamtschule Schöppenstedt mit Schulsozialarbeit  
Vorlage: XVIII-0472/2019
9. Evaluation und Weiterführung der sozialpädagogischen Arbeit an Schulen zur Beratung und Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien  
Vorlage: XVIII-0470/2019
10. Stellungnahme zum Nahverkehrsplan 2020 des Regionalverbandes Großraum Braunschweig  
Vorlage: XVIII-0473/2019
11. Bildung eines Einsatzzuges im Katastrophenschutz  
Vorlage: XVIII-0479/2019
12. Förderung von Dorfgemeinschaftshäusern  
Vorlage: XVIII-0483/2019
13. Einrichtung der Projektagentur Wolfenbüttel - Förderung von Entwicklung und Innovation  
Vorlage: XVIII-0489/2019
14. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
15. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

## Öffentliche Sitzung

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Ausschussvorsitzender H. Koch eröffnet die 16. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit um 18.00 Uhr und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Presse und die anwesenden Einwohner/innen.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)**

Ausschussvorsitzender H. Koch stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)**

Ausschussvorsitzender H. Koch stellt die Tagesordnung fest.  
Er weist darauf hin, dass zwar die Vorlage Nr. XVIII-0472-2019 in TOP 8 zurückgezogen wurde, Landrätin Steinbrügge unter dem Tagesordnungspunkt aber die aktuelle Situation erläutern werde.

Weitere Änderungen liegen nicht vor. Wortmeldungen liegen nicht vor.

### **TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 15. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 04.06.2019 (§§ 23, 5d GO)**

Ausschussvorsitzender H. Koch stellt das Protokoll über die 15. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 04.06.2019, das allen Ausschussmitgliedern vorliegt, zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig, bei 1 Stimmenthaltung, nachstehenden

### **Beschluss:**

Das Protokoll über die 15. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 04.06.2019 wird genehmigt.

## **TOP 5     Anfragen (§§ 23, 5e GO)**

### **TOP 5.1   Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)**

Ausschussvorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 5.1 auf und stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vorliegen.

### **TOP 5.2   Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)**

Ausschussvorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 5.2 auf und bittet die anwesenden Kreistagsmitglieder um Wortmeldungen.

Herr KAbg. Koch nimmt Bezug auf die gestrige Ausschusssitzung des Ausschusses Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atom, indem Frau Dr. Köhn, Geschäftsführerin der PIELERS GmbH, das Projekt „Marktereii“ Braunschweiger Land bewarb.

Frau Landrätin Steinbrügge entgegnet, dass es sich hierbei nicht um eine Werbeaktion handelte, sondern der Landkreis Wolfenbüttel mit der PIELERS GmbH einen kompetenten Partner an seiner Seite habe, um die online-Plattform „Marktereii“ Braunschweiger Land voranzubringen. Damit solle der Vertrieb regional erzeugter Produkte unterstützt werden. Auf Nachfrage von Herrn KAbg. Koch erklärt Landrätin Steinbrügge, dass Frau Heyroth für die Marktplätze zuständig sei und für das Projekt „Marktereii“ Koordinierungsaufgaben übernehme.

Es liegen keine weiteren Anfragen von Ausschussmitgliedern vor.

## **TOP 6     Antrag SPD und GRÜNE: "Nachhaltiges Handeln und Denken im Landkreis Wolfenbüttel" Vorlage: XVIII-0458/2019/1**

Ausschussvorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 6 auf und erläutert kurz den Antrag der Kreistagfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

In einer ausführlichen Diskussion wurde herausgestellt, dass das Thema „Nachhaltigkeit“ fraktionsübergreifend als wichtige Aufgabe gedeutet werde. Allerdings seien die im Antrag eingebrachten 17 Nachhaltigkeitsziele zu global und müssten auf kommunale Handlungsfelder begrenzt werden. Die Oberziele des Landkreises und das Zukunftsprofil sollten im Hinblick auf das Thema „Nachhaltigkeit“ überdacht, konkretisiert und weiterentwickelt werden.

Landrätin Steinbrügge fügt an, dass sich das Thema Nachhaltigkeit im Handeln des Landkreises schon an vielen Stellen wiederfinde bzw. angestoßen werde. Zwar habe der Landkreis nicht allumfänglichen Einfluss, könne aber im eigenen Wirkungsbereich „die Welt im Kleinen ein wenig besser machen“.

Nach einigen Änderungsvorschlägen zum Beschlussvorschlag kommen die Ausschussmitglieder überein, dass der Verwaltung freigestellt werden solle, in welcher Form ein Konzept zur Verankerung von „nachhaltigem Handeln und Denken“ im Landkreis erarbeitet werde.

Der Beschlussvorschlag solle daher in der Art abgeändert werden, dass Punkt 1 und 3 erhalten bleiben und die Unterpunkte 2 a) und b) gestrichen werden.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

### **Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt einstimmig, bei 2 Stimmenthaltungen, dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Zukunftsprofil des Landkreises weiter zu entwickeln und dabei die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Agenda 2030) zu berücksichtigen und Vorschläge für geeignete Oberziele und eine Verankerung als Querschnittsaufgabe zu machen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zur Verankerung von nachhaltigem Handeln im Landkreis zu erarbeiten. Das Konzept wird dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.
3. Parallel dazu prüft die Landkreisverwaltung die Möglichkeit zur Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung und legt die Ergebnisse und Vorschläge zur Umsetzung bis zur Haushaltsberatung dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vor.

### **TOP 7      Quartalsbericht II / 2019 Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVIII-0480/2019**

Ausschussvorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 7 auf und stellt fest, dass die Mindererträge u.a. aufgrund der fallenden Dividenden aus den Aktien des E.ON Konzerns und der Avacon AG herrühren.

Landrätin Steinbrügge erläutert die Vorlage Nr. XVIII-0480/2019 und erklärt die weiteren Hauptgründe, die zur Verschlechterung des Ergebnisses führen.

Auf Nachfrage von Herrn KAbg. Fricke, wie die gestiegenen Transferaufwendungen zu erklären seien entgegnet Landrätin Steinbrügge, dass die Verschlechterung i.H.v. 450.000 € in dem Bereich Kindertageseinrichtungen auf den beschleunigten Ausbau der Kindertagesstättenplätze zurückzuführen sei. Dadurch erhöhten sich die Aufwendungen der Gemeinden, die Landesförderung steige und dementsprechend auch die Personalkostenzuschüsse des Landkreises Wolfenbüttel.

Die Verschlechterung des Ergebnisses in dem Produkt „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen“ ergebe sich aus den steigenden Aufwendungen pro Fall und einer längeren Verweildauer. In dem Bereich der Hilfen zur Erziehung in einer Einrichtung über Tag und Nacht (Heimerziehung) oder in einer sonstigen betreuten Wohnform für Kinder und Jugendliche verschlechtere sich das Ergebnis insgesamt um rd. 530.000 € aufgrund steigender Fallzahlen.

Herr KAbg. Stoppok bittet die Verwaltung dem Protokoll eine Aufstellung der Gelder für den Bereich „Leistungen der Eingliederungshilfe“ anzufügen.

### Antwort der Verwaltung

*Ursache der Mehraufwendungen im Bereich der Eingliederungshilfe im laufenden Kalenderjahr sei nicht die Einführung der 3. Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG). Diese trete erst zum 01.01.2020 in Kraft, wodurch Auswirkungen auch erst ab dem kommenden Jahr ersichtlich seien.*

*Höhere Aufwendungen resultieren unter anderem aus einer Weisung des Landessozialamtes, da ab dem 01.01.2019 bei Pflegegrad 4 bzw. 5 automatisch die Leistungsberechtigtengruppe 4 bzw. 5 in der stationären Einrichtung anzuerkennen war. In verschiedenen Fällen kam es hierdurch zu einer Höherstufung, welche im Einzelfall bis zu 1.000 € monatlich pro Fall ausmachten.*

*Bedingt durch Fluktuationen und Zugängen betrug die Verweildauer im vergangenen Jahr (2018) oftmals weniger als 12 Monate. Grundsätzlich betrage die Verweildauer pro Fall jedoch 12 Monate.*

*Durch höhere Personalkosten, Neuverhandlungen von Vereinbarungen, eine höhere Betreuungsintensität sowie bspw. die o. g. Weisung des Landessozialamtes stiegen die Kosten pro Fall.*

*Durch die hohen Fallzahlen sowie die Aufwendungen im Bereich der Eingliederungshilfe i. H. v. rd. 33 Mio. € machten sich bereits geringe Veränderungen bemerkbar. Die Verschlechterung des Ergebnisses von rund 730.000 € entspräche im Vergleich zur Planung einer Abweichung von rd. 2,2 %.*

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

### **Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt einstimmig, dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Bericht zum 30.06.2019 des Landkreises Wolfenbüttel für das Jahr 2019 wird zur Kenntnis genommen. Gegenüber der Planung verschlechtert sich das Ergebnis voraussichtlich um 804.317,31 €.

### **TOP 8     **Ausstattung der Integrierten Gesamtschule Schöppenstedt mit Schulsozialarbeit**** **Vorlage: XVIII-0472/2019**

Ausschussvorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 8 auf und eröffnet die Aussprache.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass die Vorlage Nr. VXIII-0472/2019 „Ausstattung der IGS Schöppenstedt mit Schulsozialarbeit“ zurückgezogen werde, da das Land Niedersachsen erfreulicherweise zum Februar 2020 eine Stelle Schulsozialarbeit an der IGS Schöppenstedt etablieren werde.

### **TOP 9     **Evaluation und Weiterführung der sozialpädagogischen Arbeit an Schulen zur Beratung und Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien**** **Vorlage: XVIII-0470/2019**

Ausschussvorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 9 auf.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

### **Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt einstimmig, dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Bericht „Flüchtlingssozialarbeit in Schulen (2017-2019)“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Schulsozialarbeit in dem Bereich der durch Flucht und Migration zugewanderten Kinder und Jugendlichen wird an folgenden Schulen unbefristet fortgeführt:
  - a) Grundschule am Harztorwall: 0,25 Stellenanteile
  - b) Erich-Kästner-Hauptschule: 0,5 Stellenanteile
  - c) Wilhelm-Busch-Grundschule: 0,5 Stellenanteile

Die insgesamt 1,25 Stellen werden in die Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2020 eingebracht.

### **TOP 10    Stellungnahme zum Nahverkehrsplan 2020 des Regionalverbandes Großraum Braunschweig Vorlage: XVIII-0473/2019**

Ausschussvorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 10 auf und eröffnet die Aussprache.

Herr KAbg. Fricke teilt mit, dass sich der Mobilitätslenkungskreis intensiv mit dem Nahverkehrsplan auseinandergesetzt habe und weist auf massive Probleme in der Rekrutierung von neuem Fahrpersonal sowohl bei den Busunternehmen, im Schienenverkehr und bei den Taxiunternehmen hin. Diese Problematik führe bereits zum Ausfall von Fahrten, die nicht kompensiert werden könnten. Der Nahverkehrsplan sehe eine noch engere Taktung von vielen Verbindungen vor, deren Umsetzung äußerst ambitioniert sei.

Herr Lehmann fügt hinzu, dass die Einführung eines neuen Tarifsystems angestrebt werde und dazu noch in diesem Jahr ein Workshop beim Regionalverband stattfinden werde, in dem Eckpunkte für ein neues Tarifsystem erarbeitet werden sollen.

Landrätin Steinbrügge unterstreicht, dass gerade die Tarifzonen mancherorts nicht plausibel seien und der Landkreis durch die Schülerbeförderung im Sekundarbereich II und dem Sozialticket beispielhaft in der Region vorangehe. Ein großer Dank gebühre vor allem dem Mobilitätslenkungskreis, der sich ausführlich mit dieser Thematik beschäftige und neue Ideen entwickle.

Auf Nachfrage von Herrn KAbg. Dr. Gerndt, wie der Ausfall von Schülerverkehren möglichst verhindert werden solle, entgegnet Herr Lehmann, dass bereits jetzt schon Linienfahrten zugunsten von Schülerbeförderung ausfielen. Der Landkreis selbst habe keine direkten Einflussmöglichkeiten auf die Personalsituation in den Unternehmen.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

### **Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt einstimmig, dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Entwurf des Nahverkehrsplanes 2020 des Regionalverbandes Großraum Braunschweig wird zur Kenntnis genommen.
2. Die vorläufige Stellungnahme des Landkreises Wolfenbüttel vom 14. August 2019 zum Entwurf des Nahverkehrsplanes 2020, wie sie sich aus der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage XVIII-0473/2019 ergibt, wird beschlossen.

### **TOP 11 Bildung eines Einsatzzuges im Katastrophenschutz Vorlage: XVIII-0479/2019**

Ausschussvorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 11 auf.

Herr Glaeske erläutert die Vorlage Nr. XVIII-0479/2019 und betont die Wichtigkeit der Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Landkreisen.

Herr KAbg. Plumeyer erfragt, von wem bisher die aufgeführten Kosten getragen wurden.

Herr Glaeske erklärt, dass bisher das DRK die Kosten getragen habe. Der Landkreis Wolfenbüttel werde die geschätzten jährlichen Gesamtkosten i.H.v. 125.000 € für die Bereitstellung des Einsatzzuges und der Ergänzungseinheit ab 2019 mit 100.000 € jährlich mit Beschluss dieser Vorlage bezuschussen. Die Kosten seien bereits im Haushalt 2019 eingeplant.

Herr KAbg. Koch verlässt den Sitzungssaal um 19.04 Uhr.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

### **Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt einstimmig, dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Landrätin wird beauftragt, mit dem Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Wolfenbüttel e. V. eine Vereinbarung über die Aufstellung, Unterbringung und Unterhaltung eines Einsatzzuges Sanität und Betreuung sowie einer Staffel Psychosoziale Notfallversorgung abzuschließen (siehe Anlage 3 zur Sitzungsvorlage Nr. XVIII-0479/2019).

### **TOP 12 Förderung von Dorfgemeinschaftshäusern Vorlage: XVIII-0483/2019**

Ausschussvorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 12 auf und eröffnet die Aussprache.

Nach kurzen Wortbeiträgen von den Herren KAbg. Fricke, Hausmann und Dr. Gerndt wird festgestellt, dass die AG in ihrem ersten Treffen gute Grundsätze erarbeitet habe, die noch, konkretisiert werden müssten.

Die KAbg. Herr Stoppok und Herr Fach merken an, dass sich die AG zunächst darauf verständigt habe, Neubauten und Sanierungsmaßnahmen getrennt zu betrachten. In der weiteren Beratung werden noch Konkretisierungen vorgenommen.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

### **Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt einstimmig, dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag entscheidet über Förderungen von Neubauten von Dorfgemeinschaftshäusern im Einzelfall auf Antrag.

## **TOP 13    Einrichtung der Projektagentur Wolfenbüttel - Förderung von Entwicklung und Innovation Vorlage: XVIII-0489/2019**

Ausschussvorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 13 auf.

Landrätin Steinbrügge stellt die Projektagentur als Instrument vor, die Zukunft im Landkreis zu gestalten und dafür Fördermittel zu generieren. Es gehe darum, auf aktuelle und künftige Herausforderungen zu reagieren, wie Digitalisierung, umweltverträgliche Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz, Fachkräftemangel, Lebensqualität und Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen. Die Projektagentur solle wie eine „Entwicklungsabteilung“ im Unternehmen fungieren mit der Aufgabe, zukünftige Entwicklungen und Marktchancen zu erkennen. Übertragen auf Kommunen geht es um gute Bedingungen für das Leben, Arbeiten und Wirtschaften im Landkreis Wolfenbüttel. Die Projektagentur ergänze zwar die Wirtschaftsförderung, sei aber nicht auf dieses Handlungsfeld begrenzt, sondern bearbeite auch Themen der Daseinsvorsorge, wie z. B. die gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum. Ihre Aufgabe sei es, kooperative Förderprojekte anzuregen und zu entwickeln, z.B. auch für die Stiftung Zukunftsfonds-Asse.

Herr KAbg. Meyn begrüßt die Einrichtung einer Agentur zur Akquirierung von Fördermitteln für Unternehmen im Landkreis Wolfenbüttel. Die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Kommune sowie die Förderung von Entwicklung und Innovation sei ein Ziel, das deutlich vorangetrieben werden müsse.

Er weist aber auf die Gefahr von Doppelstrukturen und nicht eindeutiger Federführung sowohl hinsichtlich der Aufgaben der Wirtschaftsförderung als auch in den Bereichen Mobilität (Verknüpfung mit Regionalverband und Mobilitätslenkungsreis), Standortentwicklung (Tourismusverband Nördliches Harzvorland, Stadt Wolfenbüttel) und Technologietransfer (Zusammenarbeit mit Ostfalia Hochschule) hin.

Er fragt, wie und in welchem Umfang die Projektagentur Technologieberatung durchführen werde und mit welcher Qualifikation die einzurichtenden Stellen dafür vorgesehen seien?

Herr KAbg. Meyn merkt an, dass sich die Gemeinden im Landkreis eine starke Wirtschaftsförderung wünschen, aber nicht zu Beginn mit einbezogen würden. Auch bezogen auf das Forum-Asse, wäre eine Einbeziehung der Samtmeinde Elm-Asse wünschenswert.

Er fragt an, ob es eine Auswertung der Potentiale für Co-Working im Landkreis Wolfenbüttel wie z.B. für den CoWorkLand-Container gebe? Auch wenn CoWorking Spaces in Städten wie Berlin und München zur beruflichen Szene gehören, sei fraglich, wie dieses Angebot in Wolfenbüttel umgesetzt werden könne.

Er plädiert dafür, im Rahmen der Gründungsförderung die angesetzten Gelder direkt den Gründern z.B. in einer Ausschreibung mit Preisvergaben zur Verfügung zu stellen. Aufgrund einiger offener Fragen teilt Herr KAbg. Meyn zusammenfassend mit, dass es für die SPD-Kreistagsfraktion noch einen Informations- und Beratungsbedarf zu dieser Vorlage gebe.

Herr KAbg. Fricke schließt sich der Vermutung von Doppelstrukturen an und stellt die Frage, inwiefern eine sinnvolle Bündelung oder Vernetzung der Projektagentur mit der Wirtschaftsförderung geplant sei. Aus seiner Sicht seien Wirtschaftsförderung und Projektentwicklung nicht voneinander zu trennen. Auch wüsche er sich Beispiele zu den geplanten wirkungsorientierten Projekten. Hinsichtlich der Co-Working Spaces, deren Konzeption zur Errichtung und Betrieb bereits von der Ostfalia Hochschule, Stadt, Landkreis und Zukunftsfonds-Asse auf dem Gelände erarbeitet werde, erschließe sich ihm nicht die Aufgabe der Projektagentur. Seiner Meinung nach habe vor allem die Ostfalia ein großes Interesse an der Etablierung einer Projektagentur.

Er könne sich vorstellen, die eine Stelle, die durch den Landkreis Wolfenbüttel in die Projektagentur eingebracht werden solle, mit der Wirtschaftsförderin des Landkreises zu besetzen.

Auch Herr KAbg. Fricke meldet noch Beratungs- und Informationsbedarf an. Die CDU-Kreistagsfraktion könne der Vorlage noch nicht zustimmen.

Herr KAbg. Stoppok weist darauf hin, dass sich die sogenannten Doppelstrukturen auch gegenseitig befruchten könnten, um Gründerinnen und Gründer in unserer Region zu halten, stimmt aber seinen Vorrednern zu, dass die kreisangehörigen Gemeinden von Anfang an einbezogen werden sollten.

Herr KAbg. Plumeyer erfragt, wie die Aktualisierung der Vorlage und der Wegfall der zunächst geplanten 50.000 € durch das ArL (Amt für regionale Landesentwicklung) zu erklären sei.

Herr KAbg. Dr. Gerndt weist darauf hin, dass er sich aufgrund seiner beruflichen Befangenheit bei diesem Punkt enthalten werde. Er stellt den großen Unterschied zwischen Technologieberatung und Wirtschaftsförderung heraus. Klassische Gründungsansätze wie Entrepreneurship würden nicht mehr funktionieren. Neue Ansätze könnten u.a. in den Co-Working Spaces gesehen werden. Er fügt an, dass der Beratungsbedarf der Fraktionen ernstgenommen werden sollte.

Auf Nachfrage von Herrn KAbg. Glier antwortet Landrätin Steinbrügge, dass die Beschlusspunkte unter den Vorbehalt der Beteiligung des Landes gestellt wurden, da die beratende und unterstützende Beteiligung des Landes noch konkret zu klären sei.

Sie nimmt Bezug auf die Äußerung von Herrn KAbg. Fricke und macht deutlich, dass die Potentiale der Ostfalia Hochschule noch besser ausgeschöpft werden sollen und Know-how, Kompetenzen und Wissen für Unternehmen und Gesellschaft verfügbar gemacht werden müssten.

Auch Fragestellungen zu den Themen der Daseinsvorsorge und Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum, seien nicht im Kern eine Aufgabe der Wirtschaftsförderung. Die Wirtschaftsförderung habe ihr Hauptaugenmerk in der Bestandspflege und Kontakten zu Unternehmen, als zentrale Anlaufstelle für ansiedlungswillige Unternehmen sowie Erstberatung und Wegweisung für Gründerinnen und Gründer. Auch die Beratung über mögliche Fördermittelberatung sei eine Teilaufgabe, aber nicht die begleitende Unterstützung bei der Antragstellung. Die Wirtschaftsförderung mache keine Projektentwicklung und Begleitung der Förderanträge bis hin zur Antragsreife.

Landrätin Steinbrügge verdeutlicht, dass es sich bei der Projektagentur nicht um eine Doppelung, sondern um eine Ergänzung der bestehenden Wirtschaftsförderung handele.

Wenn von Technologieberatung und Technologietransfer die Rede sei, dann seien damit z. B. Projekte gemeint, wie das Projekt zur „Elektromobilität“, das gemeinsam mit dem „CEMO“ (Centrum für Energie und Mobilität an der Ostfalia) durchgeführt werde oder das Projekt zur Nutzung von Abwärme in Unternehmen.

Das Thema „Co-Working“ sei zu verstehen als weiterer Baustein zur Gründungsförderung, der auch auf den ländlichen Raum ausgeweitet werden könne.

Bisher würden viele dieser Projekte im Landkreis „on top“ mit vorhandenen personellen Ressourcen und Mitteln angestoßen werden, wobei die Kapazitätsgrenzen erreicht sind. Eine systematische Projektentwicklung zur Fördermittelakquise sei so nicht möglich.

Den Impuls zur Etablierung einer Projektagentur wurde durch das ArL gegeben und es wurde zunächst gemeinsam mit der Stadt Wolfenbüttel und der Ostfalia Hochschule über eine zeitnahe Umsetzung beraten, wobei die Gemeinden ausdrücklich zur Mitarbeit eingeladen seien.

Herr KAbg. Fricke sieht deutliche Synergiepotentiale in der Verbindung von Projektagentur und Wirtschaftsförderung. Da noch erheblicher Informationsbedarf bestünde, bittet er darum, die Vorlage mit erneuter Beratung in den Fachausschuss zurückzustellen. Für die kommende Ausschusssrunde wäre ein Vortrag mit Präsentation wünschenswert.

Landrätin Steinbrügge teilt auf Nachfrage von Herrn KAbg. Meyn mit, dass die Vorlage parallel in den Gremien der Stadt Wolfenbüttel beraten werde. Sie nimmt Bezug auf den Wunsch von Herrn KAbg. Fricke, die Vorlage mit ergänzenden Informationen erneut zu beraten und werde prüfen, wie das weitere Verfahren zu gestalten sei.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehender

#### **Beschluss:**

Eine Beschlussempfehlung zur Vorlage Nr. XVIII-0489/2019 wird zwecks weiterer Informationen und Beratung in den Fraktionen zurückgestellt.

#### **TOP 14 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)**

Ausschussvorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 14 auf.

Herr Lehmann informiert, dass die Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienstbereich des Landkreises Wolfenbüttel modifiziert wurde und die aktuelle Version dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt werde.

#### **TOP 15 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)**

Es liegen keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

Ausschussvorsitzender H. Koch schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.03 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführerin